Frage, denn wir haben keine Zollverwaltung, die ihre Bemühungen auf die Kontrolle der gesperrten Ein- und Ausfuhr ausdehnen könnte. So lange dieser Zustand besteht, haben alle Verordnungen und Anweisungen keinen Zweck oder sind doch in der Wirkung dürftig. Es nützt nichts die Ausfuhr einer Ware zu verbieten und die Einfuhr von Luxusgegenständen zu untersagen, wenn an der Westgrenze die Zollbehörde kein Recht hat für die Waren, die in das besetzte Gebiet einströmen, eine Kontrolle in der hier bezeichneten Art auszuführen. Es ist kein Geheimnis, daß von dort aus ein regelrechter Verkehr in das Inland sich vollzieht. Das Reichswirtschaftsministerium wird durch eine besondere Verordnung verfügen, den Verkehr zu unterbinden; und zwar sollen alle in das Inland unerlaubt eingeführten Waren restlos beschlagnahmt werden. Die Beschlagnahme wird sich auch auf die Detailgeschäfte ausdehnen. Auf diese Art wird dem unerlaubten Verkehr ein erhebliches Hindernis bereitet, ob man damit einen vollen Erfolg erzielen wird, muß abgewartet werden.

Während noch vereinigen Monaten in der Nationalversammlung von den Rednern aller bürgerlichen Parteien und auch in der ihnen nahestehenden Presse der Meinung Ausdruck gegeben wurde, daß die Preiskontrolle bei der Ausfuhr der Waren eine ganz unnötige Belastung des Handels sei, denn der Handel würde schon die bei dem ungünstigen Valutastand günstige Situation vollständig ausnützen, wird jetzt doch von vielen Seiten diese Preiskontrolle bei der Ausfuhr von Waren von einer hiermit beauftragten Organisation wieder als notwendig erachtet. Kehrt man jetzt zur schärferen Preiskontrolle zurück, wie es im Reichswirtschaftsministerium beabsichtigt ist so wird es nicht an Anarisen fehlen, die eine Aenderung des Systems in dieser Rückkehr zur Preiskontrolle erkennen wollen. Die Anwendung eines bestimmten Systems unter den gegenwärtigen schwankenden wirtschaftlichen Verhältnissen ist nicht möglich. Die Maßnahmen müssen sich den veränderten Verhältnissen anpassen. Niemand konnte voraussehen, daß ein so starker Rückgang in unserer Valuta eintreten würde und daraufhin seine Dispositionen treffen. Denn zu dieser Preiskontrolle drängt uns nur die große Entwertung unserer Zahlungsmittel, da anscheinend die Preisfestsetzung für Waren nach dem Ausland zu niedrig erfolgt. Wir schädigen uns selbst wenn wir nicht die Preise vom Ausland nehmen, die wir erlangen können, und rufen im Ausland gegen uns eine Mißstimmung wach, weil wir durch Unterbietung der Preise eine unangenehme Konkurrenz betätigen. Ueberdies besteht seit langem für einige Industrien die Preiskontrolle. Die chemische Industrie die Kleineisenindustrie der Kohlen- und Kalibergbau kontrolliert die Ausfuhr. Dabei wird es sich empfehlen, die überschwenglichen Hoffnungen, die an eine solche Preiskontrolle geknüpft werden, sehr einzuschränken. Eine Organisation, die eine monatliche Ausfuhr von ungefähr einer Milliarde Mark kontrollieren soll, läßt sich weder mit großer Schnelligkeit herbeiführen noch darf man mit Sicherheit erwarten, daß eine solche Einrichtung restlos die gegenwärtigen Uebelstände beseitigt. Die Preiskontrolle für einige Industrien mit ihren tausenden von Warenartikeln nur eine oberflächliche sein, wenn sie nicht in unserm Handel und Verkehr neue Stockungen hervorrufen will. So einfach wie in der Theorie die Sache sich gestaltet, in der Praxis türmen sich viele Hindernisse auf.

Eine der oft wiederholten Klagen ist die, daß Ausländer hier im Lande zu Inlandspreisen Waren aufkaufen, um sie dann zu einem unerhört niederen Preis im Ausland verwerten zu können. Wie soll nun dieser Ausländer von der Außenhandelsstelle, die die Kontrolle über die Preisprüfung hat, gefaßt werden. Man wird von ihm einen Nachweis fordern, zu welchem Preise er die Ware eingekauft hat. In diesen Fällen wird es ihm nicht schwer sein, diesen Nachweis so zu führen, daß der angeblich gezahlte Preis den Anforderungen der Außenhandelsstelle entspricht. Wenn er aber tatsächlich zu billig eingekauft hat und ehrlich diesen Nachweis führt, so wird ihm die Außenhandelsstelle die Ausfuhr der zu billig eingekauften Ware untersagen. Vielleicht übergibt er die Ware nun einem andern Kaufmann zu dem nötigen höheren Preis, der nunmehr die Ausfuhrerlaubnis erlangt. Wird es der Außenhandelsstelle möglich sein, alle diese Manipulationen, die sofort einsetzen, zu unterbinden? Man könnte vielleicht den Einwand erheben, es sollte der Ausländer überhaupt keine Waren zur Ausfuhr hier aufkaufen und ihm die Genehmigung zur Ausfuhr versagt werden. Eine solche Anordnung würde dem klaren Wortlaut des Friedensvertrages widersprechen, wonach Ausländer den Inländern im Handelsverkehr gleichgestellt werden müssen. Für den überseeischen Handel werden natürlich aufs neue die Erschwerungen in die Erscheinung treten, die bisher schon Gegenstand lebhafter Klage waren. Das große Exporthaus, daß viele Warengattungen zu exportieren hat, muß um die Ausfuhrerlaubnis zu erlangen, bei der von jeder Fachgruppe errichteten Außenhandelsstelle um Genehmigung nachsuchen, und wenn sich da auch alles in bester Ordnung vollzieht, so sind die Hindernisse, die hier bei der schnellen Abwicklung des Verkehrs entgegentreten, sicherlich nicht ohne Bedeutung.

Kompliziert wird die Frage der Preisprüfung auch dadurch, daß der Valutastand, der ja bestimmt ist, für die Preishöhe beim Verkauf in den einzelnen Ländern sehr verschieden ist. Wir können nach dem Westen und den nordischen europäischen Staaten eine ungefähr gleichmäßige Preisliste aufstellen; erheblich anders gestaltet sich die Sache, sobald wir unsern Verkehr mit den Oststaaten wieder aufnehmen. Hier erscheint es schon fraglich, ob wir mit diesen hohen Preisen, wie sie gegenwärtig die Weststaaten ertragen können, nach dem Osten unsre Handelsbeziehungen wieder aufnehmen können. Ein Differenzieren der Preise würde aber nur dazu führen, daß die Waren über diejenigen Grenzen hinausgehen, für die die niedrigsten Preise festgesetzt werden, es wäre eine Wiederholung dessen, was die Einführung des Goldzolles zu Wege gebracht hat.

Die günstige Lage der Industrien, die erheblich am Export beteiligt sind, hat den Ausspruch laut werden lassen, daß die Konjunkturgewinne, die bei der Ausfuhr erzielt werden, zu einem Teil in Form eines Auslandszolles für die Staatskasse in Anspruch genommen werden sollten. Der niedrige Stand der Valuta wirkt besonders den Unternehmungen, die ihre Rohstoffe auf dem heimischen Markt finden, einen sehr erheblichen Konjunkturgewinn in den Schoß. Es wäre deshalb nicht mehr als billig, wenn diese hohen Gewinne nicht von Handel und Industrie allein beansprucht werden. Nur muß man sich darüber klar sein, daß der Ausfuhrzoll, der für einige Industrien sehr hoch sein könnte, nicht die Frage löst wie die Preise die angemessene Höhe erreichen. Hier wird doch nur eine gute Preiskontrolle den Erfolg zeitigen können.

Es ergibt sich aus den dargelegten Bedenken gegen alle die Vorschläge, die zur Lösung der gegenwärtig schwierigen Aufgabe gemacht werden, daß es ein Mittel, das restlos die Uebelstände beseitigt, nicht gibt. Es kann sich nur um eine Milderung der Schäden handeln. Alle Erfahrungen, die wir während der letzten fünf Jahre gemacht haben, lassen auch deutlich erkennen, daß nicht in jedem Falle das Wirtschaftsgetriebe durch irgendwelche Anordnung in die Bahnen geleitet wird, die uns nützlich und gut erscheinen. Die Kräfte sind stärker und entwinden sich der Leitung. Besonders gilt dies für eine Zeit, wo es an einer strengen Ordnung fehlt, die die Voraussetzung für die Reglementierung wäre. Auch für eine von der Industrie und dem Handel selbst geführte Organisation trifft dies zu. Der „Große Ausverkauf", über den in den letzten Wochen sehr viel berichtet wird, ist nur unangenehm durch den billigen Verkauf; aber fast möchte man annehmen, daß heute sehr viele Leute auf einmal entdeckt haben, daß wir zuviel ausführen. Unsre Ausfuhr kann gar nicht groß genug werden, sie ist die einzige Rettung. Und wenn selbst heute in allen Geschäften Luxusgegenstände oder andre Gebrauchsartikel, die nicht ein notwendiges Bedürfnis decken, vollständig aufgekauft werden und nach dem Ausland gehen, so ist das kein Unglück, denn wir werden uns daran gewöhnen müssen, für die kommende Zeit unsre Ansprüche herabzusetzen. Wir müssen arbeiten, und werden unsre Waren nach dem Auslande ausführen um leben zu können, denn nur so können wir unsre Schulden bezahlen im Ausland und die notwendigen Lebensmittel hereinbringen. Natürlich wollen wir unsern Gläubigern nicht mehr zahlen, als notwendig ist und deshalb werden wir versuchen, die Werte, die wir zu vergeben haben so unsern Gläubigern in Anrechnung zu bringen, daß wir dabei keinen Schaden erleiden und unser Renommee nicht gefährdet wird, durch den Vorwurf wir bringen zu Schleuderpreisen die Ware auf den Weltmarkt.

Lloyd Georges Homerulebill

Haag, 8. Dezember. Aus London meldet der Telegraaf: Premierminister Lloyd Georges beschloß die neue Homerulebill am 15. Dezember persönlich dem Unterhaus vorzulegen. Der alte Plan von Walter Long, zwei verschiedene parlamentarische Körperschaften, eine für Ulster und eine für Westirland, mit einem Nationalrat als Verbindungslinie zu bilden, wird beibehalten.

Cecil für den Völkerbund

Haag, 8. Dezember. Lord Robert Cecil hat seinen Feldzug für den Völkerbund eröffnet. In Liverpool hat er gestern zwei Reden gehalten und folgendes ausgeführt:

Bis jetzt sind die feindlichen Völker zum Völkerbund nicht eingeladen. Aber es besteht die Hoffnung, daß sie bald eingeladen werden. Ich bin dessen gewiß, daß sie, falls sie Mitglied des Völkerbundes sind, weniger gefährdet sind, als wenn sie draußen bleiben. Ich hoffe, daß Amerika den Weg zum Völkerbund finden wird. Aber auch im andern Falle ist unsre Haltung klar. Wenn der Völkerbund für die Gesittung notwendig ist, so darf kein Ausschluß irgend einer Macht diese Notwendigkeit beeinträchtigen.

Drohungen der Baltikumtruppen

Danzig, 8. Dezember. In Westpreußen untergebrachte Baltikumtruppen, bestehend aus Teilen des Detachements Plehwe und andrer versprengter Truppenteile, nahmen teilweise gegen die Regierung eine drohende Haltung ein. In einem Teile der westpreußischen Presse veröffentlichen sie eine Kundgebung, in der sie die Einsetzung des Vermondtgeldes verlangen; eine Absage würde, erklären sie, katastrophal sein.

Bremen für Akkordarbeit

In der großen Schiffswerft Weser-Aktiengesellschaft, einer Kommunisten-Hochburg, wurde mit 2827 gegen 1911 Stimmen die Einführung der Akkordarbeit beschlossen, die von der kommunistischen und unabhängigen Presse bekämpft worden war. Die Abstimmung dürfte zur Folge haben, daß sich auch die übrigen Arbeiter, besonders der Atlaswerke, für die Akkordarbeit entscheiden. Damit dürfte die Einführung der Akkordarbeit auf allen Bremer Werften entschieden sein.

Aufschlag auf die Zuckerpreise

Die Reichsregierung hat dem Reichsrat den Entwurf einer Verordnung zur Förderung des Zuckerrübenanbaus und der Zuckererzeugung vorgelegt, weil infolge der Witterungs-, Verkehrs- und Arbeitsverhältnisse dieses Jahres nicht nur die Gefahr besteht, daß große Rübenmengen nicht geerntet werden und den Fabriken verdorben, sondern auch ein schlechtes Ergebnis der diesjährigen Kampagne die Anbaulust für das nächste Jahr lähmen würde. Es soll durch Aufschläge auf den Zuckerpreis ein Fonds gebildet werden, aus dem Rübenbauer und Fabriken für ihre Mehraufwendungen zu entschädigen sind. Dieser Aufschlag soll durch die Fabriken von durch sie nach dem 31. Dezember 1919 unmittelbar an den Verbraucher gelieferten Zucker in Höhe von 25 M je Zentner erhoben und an den Fonds abgeführt werden. Für das nächste Wirtschaftsjahr 1920/1921 soll ferner ein Rohzuckerpreis von 150 M. für den Zentner garantiert werden, außerdem für die Rübenbauer Chilisalpeter bevorzugt und zur Verfügung gestellt werden. Es ist zu erwarten, daß der Reichsrat und der zuständige Ausschuß der Nationalversammlung der Regierungsvorlage bald zustimmen werden.

Nationalversammlung

Berlin, 6. Dezember.

Am Ministertisch Bauer und Erzberger.

Präsident Fehrenbach eröffnet die Sitzung der Nationalversammlung um 1 Uhr 20 Min. Er gedenkt der Sitzung, die heute vor 25 Jahren zum erstenmal in diesem Hause abgehalten wurde. Zwanzig Abgeordnete macht der Präsident namhaft, die dem Reichstage schon damals angehörten und noch heute Mitglieder des Hauses sind. Das Haus sei entschlossen, tatkräftige Arbeit beim Wiederaufbau des zusammengebrochenen Deutschen Reiches zu leisten.

Die Ergänzung des Gesetzes über die Zahlung der Zölle in Gold wird ohne Aussprache in allen drei Lesungen erledigt.

Es folgt die Fortsetzung der Beratung des Landessteuergesetzes in Verbindung mit der Reichseinkommensteuer und der Kapitalertragssteuer.

Abg. **Düringer** (Dnat. Vp): Der Steuerplan des Finanzministers hat unsrer Partei nicht gefallen. Das Ausland hat ... wie wir für den Ruin unsres Wirtschaftslebens. Der Agitation unsrer Gegner gegenüber werden neue papierne Proteste nichts nützen. Das Reichsnotopfer nützt bei minderen Vermögen wie eine Einkommensteuer. Das Kinderprivileg züchtet das Einkindersystem. Wir trauen dem Minister nicht das Vertrauen aus.

Finanzminister Erzberger:

Es ist eine mutlose Uebertreibung zu sagen, das Reich sei nur noch ein Steuereinkasso. Die Steuern werden und müssen gesteigert werden. Das alles wird das Wirtschaftsleben stärken und beruhigen. Die Summe von 21 Milliarden muß unter allen Umständen beschafft werden. Die Finanzpolitik muß etwa 80 Prozent des Volksvermögens erfassen. Die Steuerlast, die wir fordern, ist meines Erachtens das äußerste Maß dessen, was wir unsrer Wirtschaft zumuten können. Das Kinderprivileg wird in Zukunft ganz anders wirken als bisher. Nach unsrer Auffassung würde es ein Geschenk der Entente sein, wenn sie Hand an unsre Steuern legen wollte. Wollten wir darauf Rücksicht nehmen, dann dürften wir überhaupt keine Steuern erheben. Die Voranschlagung der Veranlagung, also die Vorarbeiten von Einkommen und Vermögen, könnte bald und besonders festgelegt werden noch vor Weihnachten. Die Ausarbeitung und Fertigstellung des Tarifs hätte dann Zeit bis nach Weihnachten. (Beifall bei der Mehrheit.)

Abg. **Becker**, Hessen (D. Vp): Ob die Entente nach dem Friedensvertrag ein Recht hat, die Hand auf das Notopfer zu legen, ist gleichgültig. Sie hat die Macht dazu, und wir müssen fürchten, daß sie diese Macht brauchen wird. Es empfiehlt sich, das Notopfer zurückzuziehen oder dem eine andre Form zu geben. Die Kosten der Ententetruppen werden noch steigen. Wenn die Beamtenbesoldungsreform zum 1. April nicht fertig wird, so muß den Beamten jedenfalls mit Teuerungszuschlägen geholfen werden. Parteileute, die nicht fachkundig sind, dürfen nicht die besten Stellen wegnehmen. Gegen eine Erhöhung der Kohlensteuer haben wir Bedenken. Die Kapitalertragssteuer in ihrer jetzigen Fassung ist ebenso eine Unmöglichkeit.

Abg. **Wurm** (U. Soz.): Die Reichseinkommensteuer geht so tief herunter, daß sie wirkt wie eine ungerechte Steuer weil sie die Schwachen mehr belastet wie die Stärkeren. Die Methode, die Steuer durch Klebemarken seitens der Arbeitgeber einzutreiben, erfaßt die Feldbesoldeten haarscharf. Bleibt aber hilflos gegenüber dem Kaufmann und dem Landwirt. Die Einschränkung des Steuerrechtes der Länder und Gemeinden lehnen wir ab. Der Gedanke der Kapitalertragssteuer ist richtig; sie müßte aber noch oben stärker gestaffelt werden und zwar progressiv. Alle Steuergesetze werden nur dazu beitragen, das Elend zu vermehren.

Abg. **Dr. Heim** (B. l. Fr.): Die Steuervorlagen enthalten eine Verfassungsänderung. Ihre Zentralisationsbestrebungen sind unerträglich. Mit dieser raschen Zentralisierung nützen sie dem Reichsgedanken nicht. Die Steuerfreudigkeit müßte gehoben werden durch gerechte Erfassung aller Steuern, durch Führung des Beweises, daß die Steuer auch ihren Zweck erfüllt, durch die Förderung der Produktion, um die Ernährung zu verbessern. Statt dessen sabotieren Sie die Landwirtschaft. (Lärmender Widerspruch bei der Mehrheit.) Neben dem Notopfer des Besitzes brauchen wir das Notopfer der Arbeit. Der Stand unsrer Valuta ist der Grabmesser des Kredits, den unsre Regierung im Auslande genießt.

Die drei Steuergesetze werden an die 10. Kommission verwiesen.

Nächste Sitzung Dienstag 1 Uhr: Kundgebung gegen die Zurückhaltung der deutschen Gefangenen. Schluß gegen 6¾ Uhr.

Deutsches Reich

Der Fall Viehweg

Vor dem Kriegsgericht der Reichswehrbrigade III in Potsdam begann eine Gerichtsverhandlung über ein Vorkommnis, das seinerzeit erhebliches Aufsehen gemacht hat. Wegen Beleidigung und Körperverletzung sind angeklagt: Hauptmann Alfred Neubarth und die Leutnants Werbelmann und de Thierry. Die Anklage legt ihnen zur Last, ihren Kameraden, den Leutnant Viehweg beschimpft und körperlich mißhandelt zu haben. Viehweg hatte in einer öffentlichen Versammlung am Abend vorher den monarchistischen Geist und die regierungsfeindlichen Gespräche im Potsdamer Offizierkasino geschildert. Von den übrigen Offizieren wurde er deshalb als „Spitzel" bezeichnet, da er selber diese Gespräche widerspruchslos mitgemacht hatte. Als er am nächsten Tage das Kasino betrat, wurde er überfallen und verprügelt.

Leutnant Viehweg ist 22 Jahre alt und von Beruf Student der Medizin. Die Aussagen des Leutnant Viehweg machen einen sehr unsichern Eindruck und im weiteren Verlaufe der Verhandlung erklärt Viehweg, daß er sich nur so lange als Monarchist bezeichnet habe, bis er die allgemeine Haltung seiner Kameraden ausgeforscht habe. Hinterrücks habe er sich — wie der Vorsitzende feststellen konnte — als Parteisekretär bei der Deutschnationalen Volkspartei gemeldet. Die Beweisaufnahme erhielt ein derart ungünstiges Bild für den Zeugen, daß der Anklagevertreter, Kriegsgerichtrat Kiekel, den Vorschlag machte, den Zeugen nicht zu vereidigen. Das Gericht schloß sich dem Antrage des Anklagevertreters wegen Unglaubwürdigkeit des Zeugen Viehweg an. Den drei Angeklagten gelang es in vielen Fällen, den Wahrheitsbeweis zu erbringen. Der Anklagevertreter hält ihnen zugute, daß sie in Wahrung berechtigter Interessen gehandelt hätten. Das Gericht verurteilte Hauptmann Neubarth zu drei Tagen Stubenarrest, Leutnant Werbelmann zu einer Geldstrafe von 85 M. und Leutnant de Thierry zu einer solchen von 60 M.

Erhöhung der Unterstützung für die Angehörigen der Kriegsgefangenen. Die Reichszentralstelle für Kriegs- und Zivilgefangene teilt mit, daß die Reichsregierung einer grundsätzlichen Erhöhung der Familienunterstützung für die Angehörigen der Kriegsgefangenen zugestimmt habe. Ueber die Erhöhung und schnellste Auszahlung der Bezüge finden zur Zeit Besprechungen beim Reichsfinanzministerium statt, die mit tunlichster Beschleunigung durchgeführt werden.

Ausland

Amerika

Der Streik der amerikanischen Bergarbeiter

London, 6. Dezember. Aus Pittsburg wird gemeldet: Der Vorsitzende der Ortsgruppe der Bergarbeitergewerkschaft erklärte die Beendigung des Kohlenarbeiterstreiks. Man rechnet mit der sofortigen Wiederaufnahme der Arbeit. Die Bergleute in Grafton (Westvirginia) kämpfen für die Annahme des Regierungsvorschlags, wonach eine Lohnerhöhung von 14 Proz. gewährt werden soll. Damit nahmen 10 000 Arbeiter die Arbeit wieder auf.

Schweiz

Beunruhigung in der Schweiz

Basel, 9. Dezember. Der schweizerische Bundesrat hat sich veranlaßt gesehen, bei der französischen Regierung anzufragen, was Frankreich am Oberrhein plane und auf die steigende Beunruhigung hinzuweisen, die die schweizerische Bevölkerung wegen der französischen Projekte für die Wasserstraße Basel-Straßburg zeigen hatte.